

Spagat Minderheiten-Regionalpartei

Rautz: Friesisch-dänische SSW muss über reine Minderheitenthemen hinausgehen

Bozen (D) - Die Pattsituation nach den Wahlen in Schleswig-Holstein macht die friesisch-dänische Minderheitenpartei SSW zum Königsmacher. Welche politischen Forderungen eine privilegierte Minderheitenpartei daran knüpfen darf, wird auch in Südtirol aufs Heftigste diskutiert

In diesem Zusammenhang stellt der EUEAC-Mitarbeiter **Günther Rautz** (Foto) folgende Überlegungen an: Nach den Landtagswahlen verfügt die CDU und FDP über 34 Mandate, SPD und Grüne über 33 und der Südschleswiger Wählerverband (SSW) mit nur 3,6 Prozent der Stimmen über zwei Mandate. Wie so oft in Minderheitengebieten Europas



ist auch die Zahl der Dänen und Friesen zu gering, um aus eigener Kraft in den Landtag zu kommen. Erst die Bonn-Kopenhagener Vereinbarungen von 1955 befreite den SSW von der Fünfprozenthürde für den erfolgreichen Landtagseinzug.

Bei der Regierungsbildung beschränkt sich die SSW-Spitzenkandidatin Anke Spooren donk nicht auf minderheitenspezifische Forderungen, sondern verfolgt schon wie im Wahlkampf allgemeine Wirtschaft-, Sozial- und schulpolitische Ziele.

Die nun entbrannte Diskussion dreht sich um die Frage, ob eine bei den Wahlen privilegierte Minderheitenpartei sich auf Minderheitenthemen im engsten Sinne des Wortes beschränken muss. Oder darf sie wie eine normale Partei agieren, ohne auf ihre Befreiung von der 5-Prozent-Hürde zu verzichten?

Letzteres wurde vier Tage vor der Wahl in Schleswig-Holstein vom deutschen Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt. Obwohl die dänische Minderheit nur im Landesteil Schleswig lebt, gilt für die Verfassungsrichter die Befreiung von der 5-Prozent-Wahlhürde auch in Holstein. Diese sehr weitgehenden Mitgestaltungsrechte zugunsten des SSW sind auch entscheidend für dessen Selbstverständnis als Partei.

Wie schon bei der letzten Wahl kommt fast die Hälfte der Stimmen nicht aus dem Minderheitengebiet in Schleswig. Als Partei, die im gesamten Landesgebiet auch von Nichtminderheitenangehörigen gewählt wird, versucht der SSW einen Spagat zwischen Minderheiten- und Regionalpartei. Solange die Ausnahme von der 5-Prozent-Hürde dem SSW auch als Minderheiten- und

Regionalpartei garantiert ist, hat dieser auf jeden Fall das demokratische Recht, allgemeinpolitische Akzente zu setzen. Und solange die SSW Mandatare als vollberechtigte Abgeordnete im Kieler Landtag vertreten sind, werden sie bei diesen knappen Mehrheitsverhältnissen immer Mehrheitsbeschaffer sein.

Im Sinne des Wählerauftrages hat der SSW sogar die Pflicht, neben seinen minderheitenspezifischen auch allgemeine Wahlziele durchzusetzen - eine Konstellation, die sich für Minderheiten vertretende Parteien nur selten ergibt. Aber auf jeden Fall eine große Chance, die es zu nutzen gilt.

Der SSW kann nun beweisen, dass er sowohl für das ganze Land als auch zum Wohle der friesisch-dänischen Minderheitenangehörigen bereit ist, eine verantwortungsvolle Politik zu machen. "D"